wir zu gegen haben. Und da glauben wir, daß wir dem Frieden nicht näherkommen, wenn wir erklären, daß wir alles wieder herausgeben wollen. Deutschland ist ein friedfertiges Land, wenn es aber gezwungen wird, zu kämpfen, so tut es das mit äußerster Kraft. Derartige Aeußerungen können aber nicht den Eindruck der Stärke machen. Der Fraktionsgenosse Eberts und Scheidemanns, Abg. Dr. Lensch, hat im „Tag" gegen Scheidemann erklärt, daß die Entente niemals auf die deutscherseits ausgesprochene Bereitwilligkeit zu einem Frieden ohne Landerwerb im Westen eingehen, sie vielmehr nur als Bekenntnis der Schwäche ansehen würde; die Entente wolle Deutschland besiegen und zerschmettern. So ein Parteigenosse des Abg. Scheidemann. (Zurufe von den Sozialdemokraten: Wir sind in der Zensurdebatte, nicht in einer politischen!) Ich wüßte nicht, wie das nicht mit der Zensur zusammenhängt. Herr Scheidemann sieht das Ausland nicht, wie es ist, sondern wie er es sich denkt und es wünscht. Das trifft vielfach auch auf unsre auswärtige Politik zu. Wir können von Englands Zähigkeit und Konsequenz noch lernen. Das Aussprechen der Friedensziele würde nur beweisen, daß wir uns stark fühlen. Dem sollte auch unsre Zensur Rechnung tragen. (Beifall rechts.) Die Vorwürfe gegen die Zensur sind nicht an die kommandierenden Generale zu richten. Es wird ja allgemein zugegeben, daß die Zensur in militärischen Dingen einwandfrei arbeitet. Die Beschwerden richten sich gegen die politische Zensur, die aber doch auf Veranlassung politischer Stellen geübt wird. Man sollte daher die Beschwerden auch an diese Stellen richten! (Sehr gut! rechts.) Dringend wäre aber zu wünschen, daß auch die offiziöse Presse sich einer Zensur unterordnete, und zwar einer recht strengen, die gleichzeitig auch alle die unsinnigen Gerüchte im Keim ersticken sollte, die von Zeit zu Zeit auftauchen und mit zunehmender Verbreitung, die sich wieder aus begreiflichen Stimmungsmomenten ergibt, Verwirrung anrichten. Es ist auch nicht richtig, wenn jede andre Meinungsäußerung sofort als Treibereien und Fronde bezeichnet wird. Diese Meinungsäußerungen sind gar nicht auf bestimmte Personen gemünzt. Die offiziöse Presse sollte grundsätzlich von allen persönlichen Schärfen Abstand nehmen. Sachliche Feststellungen genügen. Warum verfolgt man jeden, der eine abweichende Meinung vertritt, mit

Briefsperre und Haussuchungen.

Die versteckten Andeutungen gegen Tirpitz hat man ständig unwidersprochen gelassen. Das Verlangen, die Sache klarzustellen, wurde als tendenziös hingestellt. Man deutet auf die konservative Partei hin, als ob sie alle jene decke, die irgendwie gegen den Kanzler Stellung nehmen. Die konservative Partei verurteilt jede Treiberei, die sich als solche kennzeichnet, und die nicht von einer sachlichen Auffassung, sondern von persönlichen Gegensätzen getragen ist. Sie verurteilt alle Gerüchte und Legenden, die nicht auf sicherer Grundlage beruhen, sondern nur auf Vermutungen. Für ihre Haltung in den auswärtigen Fragen sind innerpolitische Gründe nicht maßgebend. Diese Auffassung weisen wir zurück. Ueber die Besetzung des Kanzlerpostens muß der Kaiser entscheiden. Man hat einen Brief des Grafen Zeppelin an den Reichskanzler veröffentlicht, der dahin ausgelegt worden ist, als ob der Briefschreiber die in früheren Briefen an den Reichskanzler vertretenen Auffassungen abgeschworen hätte. Graf Zeppelin hat das Entstehen dieser Auffassung bedauert. Angesichts der Leistungen des Grafen Zeppelin sollte man jetzt auch die Briefe vom April und Juni veröffentlichen. Eine Meinung tötet man nicht dadurch, daß man sie verschweigt, sondern indem man ihre Grundlosigkeit dartut. Die Artikel des Grafen Reventlow stehen unter Vorzensur, auch wenn sie für Zeitschriften bestimmt sind. Der Anlaß lag in einem dem Auswärtigen Amt unerwünschten Artikel. Daß man von dem Eindruck auf das Ausland spricht, verstehe ich nicht. Das könnte man allenfalls bei einer Zeitung, wie der „Frankfurter", deren Vertreter im Auswärtigen Amt ein- und ausgeht. Das Verbot einer Zeitung als ein schwerer Eingriff in die wirtschaftliche Existenz des Unternehmens sollte mit allergrößter Vorsicht gehandhabt werden. Ohne Zensur geht es nicht, aber sie darf nicht engherzig ausgeführt werden. (Beifall.)

Vizepräsident Dr. **Paasche** teilt mit, daß er die von dem Obersten Hoffmann bemängelte Stelle der Rede des Abg. Dr. Müller-Meiningen noch einmal nach dem Stenogramm durchgesehen habe. Man könne nicht herauslesen, daß dem hochverdienten General etwa der persönliche Mut abgesprochen werde. Zum Einschreiten lag daher keine Veranlassung vor.

Staatssekretär Dr. **Helfferich**: Die offiziöse Presse, von der Dr. Roesicke sprach, hat Aufklärung zu verbreiten und den Regierungsstandpunkt zu vertreten. Schließlich bietet sie den Vertretern der Regierung, wenn sie persönlich angegriffen werden, Gelegenheit, diese Angriffe zurückzuweisen. Ob das mit mehr oder weniger Temperament geschieht, brauchen wir hier nicht zu untersuchen. Zu der Denkschrift, die mir fälschlich zugeschrieben wurde, habe ich erklärt, daß ich sie nicht verfaßt habe, daß sie meinen Ansichten nicht entspricht. Wenn man nach dieser Erklärung dennoch behauptet, daß sie von mir herrühre, so ist als Entgegnung ein hartes Wort gewiß am Platze. (Zustimmung.) Es klang so, als ob Dr. Roesicke sagen wollte, man habe den Grafen Zeppelin etwas andres sagen lassen, als er habe sagen wollen. Wir haben im Ausschusse über diese Sache gesprochen und die Zusammenhänge festgestellt. Graf Zeppelin ist Mannes genug, um seine eigene Meinung auszusprechen und sich nicht eine andre Meinung aufdrängen zu lassen. (Sehr gut.) Es ist nun auch die Angelegenheit besprochen worden, die Herrn Ministerialdirektor Dr. Lewald betrifft. Der von Herrn

Bacmeister gegen Dr. Lewald

erhobene Vorwurf ist im Ausschuß als unbegründet und unwahr zurückgewiesen worden. Damit wäre die Sache erledigt, wenn nicht Herr Bacmeister in der Presse erklärt hätte, er halte seine Behauptung in vollem Umfange aufrecht. Dies hat mich zu einer Untersuchung veranlaßt, deren Ergebnis ich, da ich meine Beamten zu schützen und zu decken habe, bekanntgebe: Herr Bacmeister hat in einer im September an den Reichstag gerichteten Eingabe seine in einer Münchner Versammlung am 20. Juni erhobene Behauptung wiederholt, Dr. Lewald habe Beiratsmitgliedern des Luftflottenvereins bei Durchsicht der Vereinssatzungen erklärt: „Das mit der Vergrößerung deutscher Luftflotte als Ziel muß heraus aus den Satzungen. Solche Sachen haben wir genug. Der Flottenverein hat uns diesen Krieg gebracht, der Luftflottenverein will uns wohl den nächsten Krieg bringen." Herr Bacmeister teilte weiter mit, als Beiratsmitglied des Luftflottenvereins habe er sofort Veranlassung genommen, diese Aeußerung Dr. Lewalds dem Beirat mitzuteilen. Aus den Veröffentlichungen des Herrn Bacmeister in der Presse ergibt sich, daß er seine schwere Beschuldigung gegen einen um die Förderung der Luftschiffahrt hochverdienten Beamten nicht nur in der Münchner Versammlung aufgestellt hat, sondern auch in einer für eine hochgestellte Persönlichkeit bestimmten Denkschrift. Im Hauptausschuß hat Dr. Lewald festgestellt, daß eine Besprechung über eine Satzungsänderung des Luftflottenvereins zwischen ihm und Beiratsmitgliedern niemals stattgefunden hat (Hört, hört!), daß vielmehr mit dieser Satzungsänderung lediglich der zuständige Referent im Reichsamt des Innern, Regierungsrat Trautmann, befaßt war, der nur mit den Geschäftsführern des Luftflottenvereins Dr. Marquard und Hauptmann Neumann vom Luftflottenverein verhandelt hat. (Hört, hört!) Eine von Dr. Marquard abgegebene Erklärung entspricht der ergibt sich, daß in dieser Unterhaltung, der einzigen, die zwischen dem Reichsamt des Innern und dem Luftflottenverein stattgefunden hat, keine einzige Behauptung gefallen ist, die in dem Sinne der von Herrn Bacmeister behaupteten Aeußerung gedeutet werden könnte. (Hört, hört!) Hauptmann Neumann hat protokollarisch erklärt, daß Dr. Lewald der Unterredung nicht beigewohnt hat, daß ihm auch eine solche Aeußerung Dr. Lewalds nicht bekannt sei, und daß er auch nicht eine solche Aeußerung Dr. Lewalds Herrn Bacmeister mitgeteilt habe. Der Vorsitzende des Luftflottenvereins hat auf mein Befragen und auf Grund einer am 22. d. M. stattgehabten Aussprache des Vereinsvorstandes erklärt, daß die Aeußerung, die Herr Bacmeister Dr. Lewald zuschreibt und die Herr Bacmeister sofort zum Anlaß einer Mitteilung im Beirat gemacht haben will, weder im Vorstand noch im Beirat des Luftflottenvereins vorgebracht oder erörtert worden ist. (Lebhaftes Hört, hört!) Der Vorstand hat mit zehn Stimmen gegen eine bei zwei Enthaltungen die Veröffentlichung dieser Erklärung gestattet. Ich glaube, damit ist der Fall Bacmeister erledigt. (Bewegung und lebhafte Zustimmung.) — Die Abgeordneten Gröber und Dr. Müller-Meiningen sind auf die Reichstagssitzung vom Sonnabend zurückgekommen und haben besonders davon gesprochen, welche Eindrücke solche Vorgänge nach außen machen. Der Meinung bin ich auch. Wenn aber Abg. Gröber gemeint hat, daß ich diesen Eindruck hätte abmildern können, wenn ich mich in schärferer Weise der Entrüstung des Hauses angeschlossen hätte, so kann ich ihm nicht folgen. Ich darf in meiner verantwortlichen Stellung nicht Entrüstung über Leute aussprechen, die noch nicht gehört worden sind, und Urteile über Vorgänge fällen, die erst unparteiisch geprüft werden müssen. Ich kann so aber auch nicht gutheißen, daß Behauptungen, deren Prüfung noch nicht abgeschlossen ist, als Tatsache in die Welt hinausgehen.

Das erklärt meine Zurückhaltung;

ich habe aber auch mit schärfster Verurteilung für den Fall der Bestätigung der Behauptungen nicht zurückgehalten. Ich möchte nicht den Eindruck aufkommen lassen, der aus manchen Reden hier gesprochen hat, als ob Belagerungszustand, Schutzhaft und Zensur so eine Art deutscher Spezialität seien und als ob jedenfalls diese Verhältnisse bei uns ganz außerordentlich unerträglicher seien als irgendwo anders in den kriegführenden Ländern. (Zuruf von der Soz. Arb.: Darauf kommt es nicht an!) Das Gegenteil ist der Fall. Für die objektive Beurteilung dieser Verhältnisse ist es von Wichtigkeit zu wissen, wie in Ländern mit freiheitlichen Einrichtungen die Dinge während des Krieges stehen. In England war die Zensur seit Jahrhunderten abgeschafft. Gleichwohl hatte die Regierung einen scharfen Einfluß auf die politische Stellung der Presse. Sofort nach Kriegsausbruch wurde ein Reichsverteidigungsgesetz beschlossen, das viele Ergänzungen erfahren hat und dessen Ausführungsbestimmungen sehr weite Vollmachten an die Hand geben, die auf Aufenthaltsbeschränkungen, Beschränkungen des Postverkehrs, der Presse und sonstiger Veröffentlichungen abzielen. Danach darf niemand Mißstimmung gegen die Streitkräfte erregen oder die auswärtigen Beziehungen schädigen. Auch das Recht des eigenen Hauses, das den Engländern besonders heilig ist, wie es das Wort My house is my castle, mein Haus ist meine Burg, veranschaulicht, ist dadurch beeinträchtigt worden, da das Recht der Haussuchung in umfangreichem Maße eingeführt wurde. Es genügt dazu ein Verdacht. Die Buchstaben- und Betriebseinrichtungen von Druckereien können zerstört werden. Nach den Vorschriften über Festnahme oder Verhaftung kann außer der Polizei jeder Beauftragte ohne Haftbefehl eine irgendwie verdächtige Person festnehmen. Versammlungen können verboten werden, wenn Störungen der öffentlichen Ordnung befürchtet werden. Auf dem Papier stehen alle diese Anordnungen nicht, sondern es wird sehr energisch davon Gebrauch gemacht. Die Zensur hat den „Labour Leader" und die Zeitschrift „Globe" verboten, und eine Gladgower Arbeiterzeitung, die unserm „Vorwärts" entspricht, wurde wegen eines wahrheitsgetreuen Artikels verboten, weil darin eine Behinderung der Munitionserzeugung und damit ein Verstoß gegen die Reichsverteidigung erblickt wurde. — In Frankreich hat die Militärgewalt das Recht, bei Tag und Nacht Haussuchungen vorzunehmen, den Aufenthalt zu beschränken, Veröffentlichungen und Versammlungen zu verbieten. Nach Vivianis charakteristischen Auslassungen in der Kammer erstreckt sich die Militärzensur nicht nur auf militärische und diplomatische Dinge, sondern auch auf Veröffentlichungen, die Angriffe gegen Parlament und Regierung enthalten oder geeignet sind, die öffentliche Meinung über die Landesverteidigung zu beunruhigen. Die Handhabung ist äußerst streng. Ich habe hier eine Liste von 22 Blättern, die verboten worden sind, einzelne auf drei Monate, eins auf sechs Monate. Das sind rigorose Maßnahmen. Wir sind durchaus nicht das Land der Unkultur. Die bei uns für erforderlich gehaltenen Maßnahmen sind in andern Ländern in mindestens derselben Schärfe angeordnet worden, und es sind dort mindestens dieselben Mißgriffe vorgekommen. Wir haben nicht den Ehrgeiz, auf diesem Gebiet an der Spitze der Nationen zu marschieren. Der Krieg legt uns große Opfer an Gut und Blut auf. Ich persönlich habe volles Verständnis dafür, daß

die Opfer auf dem Gebiet der freien Meinungsäußerung

mit am schwersten empfunden werden. Es ehrt unser Volk, daß es die freie Meinungsäußerung mindestens ebenso hoch und höher hält, als die Opfer an Geld und Gut. (Sehr gut!) Aber die Ueberzeugung, daß in dem jetzigen Krieg, der nicht nur mit den Waffen geführt wird, sondern wo mit allen Mitteln gerungen wird, der unser ganzes öffentliches und privates Leben nachgerade umfaßt, dem freien Wort nicht der Spielraum gegeben werden kann, wie in einer friedlichen Zeit, wurzelt nicht so selbstverständlich im Volk, wie die Ueberzeugung von der Notwendigkeit, die Waffen weiterzuführen. Das erschwert den auf diesem Gebiet verantwortlichen Instanzen ihre Arbeit. Gerade weil wir zum deutschen Volke Vertrauen haben, wollen wir die Eingriffe auf ein Mindestmaß beschränken. Die Regierung gibt ruhig zu, daß sie in der Durchführung dieser Absicht nicht immer ganz glücklich war. (Sehr richtig!) Hoffentlich wird es in Zukunft besser. Die Grundtendenz der vorliegenden Anträge bewegt sich in der Richtung unsrer eigenen Wünsche und Bestrebungen einer einheitlichen Handhabung und einer Milderung der Zensur. Der Reichskanzler ist bereit, die Verantwortung für seine Handlungen zu übernehmen und den militärischen Stellen Anregungen und Ratschläge zu geben. Ueber den Abbau der Zensur hat er mit dem Reichsverband der deutschen Presse bereits verhandelt. Die Oberzensurstelle hat an sämtliche Zensurstellen Richtlinien ergehen lassen, nach denen innerpolitische und wirtschaftspolitische Fragen keinerlei Beschränkung unterliegen und daß nur gehässige, andre Berufs- und Erwerbsstände herabsetzende Angriffe Zensurmaßnahmen zur Folge haben sollen. (Zuruf links: Kautschuk!) Das Gebiet der auswärtigen Politik kann nach der Lage nicht völlig frei sein. In einer der wichtigsten Fragen hat sich der Reichstag selbst eine Beschränkung auferlegt. Solche Beschränkungen muß es auch für die Presse geben. Es kann in der auswärtigen Politik Konstellationen geben, in denen eine Preßäußerung großen Schaden anrichten kann. Bei uns gibt es eine Präventivzensur nur in relativ wenigen Fällen, während die französischen Zeitungen mit ihren Lücken oft ganz auseinandergerissen aussehen. (Zuruf links: Bei uns sind die Lücken verboten!) Eine gewisse Besserung der Zustände läßt sich nicht bestreiten, wenn wir natürlich auch die vorgetragenen Fälle nicht billigen können. Der Reichskanzler benutzt die Zensur nicht, um seine Person zu decken. Sonst hätte die Zensur ein weites Tätigkeitsfeld. (Heiterkeit.) Dagegen steht der Schutz der Regierung auf einem andern Blatt. Wir sind bereit, die Mißstände auf dem Gebiet der Zensur zu beseitigen, und geben zu, daß die Absichten der obersten militärischen Stelle und des Reichskanzlers nicht überall in vollem Umfange verwirklicht worden sind. Wir werden weiter bessernd die Hand anlegen müssen. Wir können überzeugt sein, daß der Reichskanzler bei den militärischen Instanzen auch volles Verständnis finden wird. (Zurufe links: Na, na!) Auch die Regierung erkennt an, daß die deutsche Presse in diesem Kriege ihre Schuldigkeit getan hat, und die Regierung weiß, daß kein Krieg und keine Kriegsführung auf die bereitwillige und opferfreudige Mitwirkung der Presse verzichten kann. (Beifall.)

Oberst v. **Wriesberg**: Es ist bemängelt worden, daß in Elsaß-Lothringen ein Erlaß gegen den herausfordernden Gebrauch der französischen Sprache herausgekommen ist. Rechtlich und sachlich liegt dagegen nichts vor. Der Befehlshaber im Operationsgebiet ist dazu berechtigt. (Zurufe links.) Deutsche Truppen stehen im heldenmütigen Kampf in der Verteidigung deutschen Landes. Diese Truppen können erwarten, daß hinter ihrem Rücken nicht eine fremde Sprache gesprochen wird. (Stürmischer Beifall. Unruhe links.)

Auf Vorschlag des Präsidenten wird die Beratung abgebrochen.

Abg. Dr. **Müller**-Meiningen (Fortschr. Volksp.) bemerkt persönlich: Meine Aeußerungen mußten nicht so aufgefaßt werden, wie das der Oberst Hoffmann getan hat. Ich verstehe nicht, wie er angesichts des Wortlautes zu einer solchen Auslegung gekommen ist. Ich habe lediglich den Wunsch ausgesprochen, daß General v. Bietinghoff die Schneidigkeit, die er gegen die Presse betätigt hat, auch draußen im Schützengraben betätigen könne. Ich nehme an, daß er denselben Wunsch hegt: an seiner persönlichen Schneidigkeit habe ich mit keinem Wort gezweifelt. Es liegt mir überhaupt ganz fern, den Mut eines tüchtigen Soldaten, aber schlechten Politikers und schlechten Oberzensors anzuzweifeln.

Das Haus vertagt sich.

Nächste Sitzung Dienstag, 3 Uhr: Kleine Anfragen, Zensur und Belagerungszustand, Bericht des Ausschusses für Handel und Gewerbe.

Schluß gegen 9 Uhr.

■

71. Sitzung, Dienstag den 31. Oktober nachmittags 3 Uhr

Am Tische des Bundesrats: Helfferich, Lisco.

Vizepräsident Dr. **Paasche** eröffnet die Sitzung um 3 Uhr 15 Minuten.

Kleine Anfragen

Abg. **Molkenbuhr** (Soz.) weist auf eine Entscheidung des Reichsversicherungsamtes hin, wonach ein Anspruch auf Waisenaussteuer nicht besteht, wenn die Witwe vor dem Tage verstorben ist, an denen die Waisen das 15. Lebensjahr vollenden. Er fragt an, ob diese Härte nicht beseitigt werden wird.

Ministerialdirektor **Caspar** erwidert, daß Verhandlungen mit den Bundesstaaten im Gange sind.

Abg. **Giebel** (Soz.) hebt in einer Anfrage hervor, daß die auf privatem Dienstvertrag in Betrieben und Verwaltungen des Reiches und der Bundesstaaten beschäftigten technischen und Bureauangestellten unter der Teuerung schwer leiden. Er fragt, ob eine Besserung der Bezüge dieser Beamten beabsichtigt sei.

Geheimrat **Roeder**: Wegen der Verschiedenartigkeit der Verhältnisse, die für die auf privaten Dienstvertrag in Betrieben und Verwaltungen des Reiches und der Bundesstaaten beschäftigten technischen und Bureauangestellten in Betracht kommen, sind einheitliche Grundsätze über die Gewährung von Teuerungszulagen nicht aufgestellt worden. Den gegenwärtigen Bedürfnissen ist jedoch dadurch Rechnung getragen worden, daß nach Maßgabe der für die festangestellten Beamten bestehenden Grundsätze Zuschüsse gewährt werden.

Abg. **Bassermann** (Natl.) fragt: Nach der Statistik des Deutschen Universitätskalenders sind auf deutschen Universitäten eine große Anzahl Russen, außerdem einzelne Engländer, Belgier, Franzosen und Italiener immatrikuliert. Ist der Reichskanzler bereit, die Grundsätze mitzuteilen, nach denen bei der Zulassung von Angehörigen des feindlichen Auslandes auf deutschen Hochschulen verfahren wird, und mitzuteilen, ob Vorsichtsmaßregeln gegen Mißbrauch getroffen sind?

Ministerialdirektor Dr. **Lewald**: Die Zulassung von Ausländern an deutschen Hochschulen ist Sache der Landesregierung. Für Preußen sind bereits Anfang 1914 über das Studium feindlicher Ausländer an den Universitäten, Technischen und Handelshochschulen Anweisungen ergangen. Der Reichskanzler hat durch Rundschreiben diese Anweisungen den Bundesregierungen mitgeteilt, mit dem Ersuchen, im ganzen Reich möglichst gleichartige Anordnungen auf diesem Gebiet zu treffen. Das ist auch geschehen. Nach diesen Anweisungen sind feindliche Ausländer vom Besuch deutscher Hochschulen im allgemeinen ausgeschlossen. Die Zulassung von Ausnahmen haben sich die Regierungen vorbehalten. Für die Zulassung solcher Ausnahmen war die Erwägung maßgebend, daß es Angehörige feindlicher Staaten gibt, die schon lange Zeit in Deutschland wohnen und in Sprache, Sitte, Gewohnheit und Gesinnung als Deutsche anzusehen sind, auch wenn sie die Reichsangehörigkeit noch nicht erworben haben. Es ist Vorsorge getroffen, daß ein Mißbrauch mit diesen Einrichtungen nicht getrieben werden kann.

Abg. **Giesberts** (Zentr.) fragt an, ob der Reichskanzler bereit sei, dahin zu wirken, daß die von Arbeitervereinen, Gewerkschaften usw. eingerichteten gemeinnützigen Rechtsauskunftstellen zur Rechtsberatung der Kriegsbeschädigten zugelassen werden.

General v. **Langermann**: Gemeinnützige Auskunftsstellen, die die Auskünfte unentgeltlich erteilen, sollen, soweit nicht besondere Umstände eine Ausnahme verlangen, nicht verboten sein. Dieser Standpunkt wird allgemein bekanntgegeben werden.

Abg. **Ruckhoff** (Zentr.) fragt an, ob gemeinsame Richtlinien in bezug auf die Schundliteratur und das Kinounwesen zum Schutze jugendlicher Personen erlassen werden sollen.

Ministerialdirektor Dr. **Lewald**: Der Reichskanzler ist bereit, zu geeigneter Zeit mit dem Kriegsministerium und den Bundesregierungen in Verbindung zu treten und darauf hinzuwirken, daß gemeinsame Richtlinien für einen geeigneten Schutz der Jugendlichen in bezug auf die Schundliteratur und das Kinounwesen festgestellt werden. Der Reichskanzler ist bereit, dem Reichstag die bisher ergangenen Bestimmungen mitzuteilen.

Abg. **Schwarz** (Zentr.) fragt an, ob Kommunalverbände, die Lebensmittel abgeben, der Umsatzsteuer unterliegen.

Unterstaatssekretär **Jahn**: Nach Auffassung des Bundesrats schulden die Gemeinden an sich den Warenumsatzstempel. Dem Bundesrat ist aber schon ein Antrag zugegangen, auf Grund des Ermächtigungsgesetzes zu beschließen, die Warenumsatzsteuer nicht zu erheben bei solchen Warenlieferungen, die während der Dauer der Kriegswirtschaft von Gemeinden usw. zur Versorgung der Bevölkerung erfolgen.

Zensur und Belagerungszustand

Die Aussprache wird fortgesetzt.

Abg. **Werner**-Gießen (Deutsche Fr.): Die Generalkommandos haben vielfach erfreuliche Erlasse ins Land gehen lassen, z. B. gegen die Antialkoholbewegung, den Alkoholverkauf an Minderjährige und das Rauchen der Jugendlichen. Noch schärfer sollten die Generale gegen die Auswüchse des Kinos vorgehen. Leider steht die Reichsregierung auf dem Standpunkt, daß der Kampf gegen das Kinounwesen Landessache sei. Jetzt ist im Kino das Erotische die Hauptsache. Wenn das Kino auch in Patriotismus macht, so geschieht das nur nebenher. Auch die Theater führen Stücke auf, die ein Nachlassen der Zensurmaßnahmen beweisen. Max Reinhardt bringt ein Stück von Hermann Essig, in dem gezeigt wird, wie ein deutscher Bauernsohn alles versucht, um sich vom Heeresdienst zu drücken. Wenn Essig Stücke schreiben will, so sollte er sich andre Objekte aussuchen. Die Zensur wird einseitig ausgeübt. Der Verlag Ullstein kann seine Kriegsziele entwickeln und behaupten, daß das deutsche Volk dahintersteht. Nach meiner Kenntnis der Volksseele ist das deutsche Volk mit den Kriegszielen Ullsteins nicht einverstanden. Die „Frankfurter Zeitung", die auch die „Süddeutsche allgemeine Zeitung" genannt wird (Heiterkeit), kann schreiben, was sie will. Welcher Geist im „Berliner Tageblatt" herrscht, beweist eine Buchbesprechung, in der hervorgehoben wird, daß in einer Sammlung von Kriegsliedern das Wort „deutsch" nicht vorkommt. Die Berichterstattung des WTB. gibt häufig zu berechtigten Klagen Anlaß. Selbst die Regierung ist mit den Kommissionsberichten nicht zufrieden gewesen. Wolff und Reuter sollen sogar jetzt noch in Holland eine gemeinsame Agentur betreiben. (Vizepräsident Dr. Paasche fordert den Redner auf, sich an den Beratungsgegenstand zu halten.) Jede Kritik am Reichskanzler wird auch heute noch von der Zensur als unzulässig angesehen, ganz anders war es bei den Angriffen gegen Tirpitz. Was Ballin unter „Maulhalten" versteht, ist kein Burgfriede, das ist Friedhofsruhe, ein allgemeiner Brei der öffentlichen Meinung. Man spricht von einer alldeutschen konservativen Fronde. Aber alles ist so gekommen, wie es die Alldeutschen vorher gesagt haben. (Lachen links.) Auch Fortschrittler sind Mitglieder des Alldeutschen Verbandes! Gegen geistig hochstehende Führer unsres nationalen Lebens wird in der unglaublichsten Weise vorgegangen. Bei dem Heidelberger Professor Ringe hat man Haussuchung abgehalten, weil man auf ganz vage Momente hin in ihm den Verfasser der Junius-Alter-Broschüre vermutete. Der Grund für den Verdacht war, daß der erste Junius Alter vor hundert Jahren auch Arnold Ringe hieß. (Stürmische Heiterkeit.) Graf Reventlow, der beste deutsche Publizist, durfte unter Billigung der Zensur von der sozialdemokratischen Presse als der tolle Graf hingestellt werden. Der Abg. Bernstein hat unter Bezugnahme auf die sechs Wirtschaftsverbände von der „Raubsternatur des Kapitalismus" gesprochen usw. Wenn solche Dinge vorkommen, kann man nicht mehr von einer unparteiischen Zensur sprechen. Der Reichstag muß von seiner Macht Gebrauch machen, um seinen Willen durchzusetzen. Ich spreche nicht von der Budgetbewilligung im ganzen. Aber es gibt andre Mittel beim Etat, mit denen man einen Druck auf die Regierung ausüben kann.

Abg. **Stadthagen** (Soz. Arb.): Der Staatssekretär, der letzthin die Sklavenwirtschaft im alten Rom mit heutigen Staaten verglich, übersieht auch völlig, daß gute Gesetze nichts nützen können, wenn die Verwaltung noch ganz im Geiste des Polizeistaates lebt, wie bei uns. (Sehr wahr! bei den Soz.) Er sprach von englischen Zeitungsverboten, ohne zu sagen, daß die Aufforderung zum Munitionsstreik der Grund war. Bei uns hätte man darauf einen Hochverratsprozeß eingeleitet, jene Blätter erscheinen aber auch wieder, und zwar ohne Garantien, wie man sie bei dem ungeheuerlichen

„Vorwärts"-Verbot

verlangt hat. Man zwingt dort die Zeitungen auch nicht durch die Bestimmung, keine Lücken zu lassen, dem Publikum vorzulügen, daß die Zensur nicht eingreife! Unsre Zensur ist ja sogar eingeschritten, als geschrieben wurde, die Ur-Urgroßmutter des Reichskanzlers sei ein Hasenfuß gewesen. (Große Heiterkeit bei den Soz.) Ich dachte bisher, unsre Soldaten ließen sich unerschrocken von vorn angreifen, am Sonnabend hat man uns gesagt, daß sie nervös werden, wenn hinter ihnen Französisch gesprochen wird. (Heiterkeit bei der Soz. Arb.) Die Immunitätsverletzungen gegen Abgeordnete häufen sich. Der Schuldige für die seinerzeitige körperliche Durchsuchung des Abgeordneten Herzfeld an der Schweizer Grenze ist immer noch nicht entdeckt. Anfang August wurde Abgeordneter Herzfeld verfassungs- und rechtswidrig unter Briefsperre gestellt. Der verantwortliche Reichskanzler und seine Vertreter haben sich nicht darüber geäußert. Der Oberbefehlshaber ist nur das Instrument, auf dem die politische Polizei ihre Saiten aufzieht und spielt. Das Instrument gehorcht und weiß wohl nicht einmal, wem es dient — zur Durchsetzung der Politik der allmächtigen politischen Polizei, vor der schon Staatssekretär Marschall die Flucht in die Oeffentlichkeit angetreten hat. Es sind auch verfassungs- und rechtswidrig Haussuchungen bei Reichstagsabgeordneten vorgenommen worden, sogar bei dem Rechtsanwalt Herzfeld nach Beziehungen mit seinen Klienten. (Hört, hört!) Bei den Abgeordneten Antrick, Haberland, Thiele wurde gehaussucht, bei letzterem nach Flugblättern gegen die Fraktionsmehrheit, der Thiele selbst angehört. (Hört, hört!) Unser Stuttgarter Genosse Crispien kommt wegen unangemeldeter Versammlungen ins Gefängnis, die Alldeutschen erhalten für das gleiche Liebesbezeigungen. Unter dem Aushängeschild des Oberbefehlshabers wirbt die politische Polizei jetzt in Berlin Jugendliche als Denunzianten unter dem Versprechen von Belohnung und Militärfreiheit. (Lebhaftes Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Redner schildert einen solchen Fall und sagt: In Ehrlosigkeiten und Schuftereien will man junge Menschen verleiten, unter der Parole: Ehrfurcht vor den Behörden! Das ist die elendeste Tätigkeit, ausgeübt unter Schutz und Schirm des Belagerungszustandsgesetzes. Das Zensursystem behandelt die Presse nicht als Kulturfaktor, sondern als Bestie mit Zuckerbrot und Peitsche, um das Eigene und Menschliche, die Ueberzeugung aus den Menschen herauszubringen. Das Vorgehen gegen Reventlow und Th. Wolff, gegen „Deutsche Tagesztg." und „Berl. Tagebl." ist ungeheuerlich. Nach langem Nachdenken über die Zen-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19161102/12